Der Held der Schückingassäre.

Aus Schleswig wird berichtet, daß dem dortigen Regierungspräsidenten v. Dolega-Kozierowski zum 1. März der Abschied erteilt und zu seinem Nachfolger der Regierungspräsident Fiedler in Erfurt, früher Landrat in Schleswig, ernannt worden ist.

So widerfährt den Plöcklingen im Freisinnslager „großes Heil". Zwar wurde Schücking zur Strecke gebracht, aber auch der Regierungspräsident wurde gegangen. So fließt noch Oel auf freisinnige Zorneswogen, die sich längst schon beruhigt zeigten.

Germanisierungsmethoden in Nordschleswig.

Die Auflösung einer vom dänischen Vortragsverein für Flensburg und Umgegend nach Patsburg einberufenen Versammlung ist nicht das einzige Merkmal, daß in Nordschleswig erneut eine Gewaltpolitik einsetzt. Zu dieser Versammlung hatte sich auch der Gemeindevorsteher Gregersen als Besucher eingefunden. Er hat nun vom Landrat folgendes Schreiben erhalten:

„Da festgestellt ist, daß Sie an der Versammlung teilgenommen haben, so ersuche ich Sie, ungesäumt Ihre sämtlichen Aemter niederzulegen."

Gregersen war stellvertretender Amtsvorsteher und Standesbeamter.

Mit solchen kleinlichen Maßnahmen wird der Zweck, die Bevölkerung in Nordschleswig zu braven Preußen zu erziehen, kaum erreicht werden.

Geistliche Erziehung.

In der Begründung des Urteils gegen den „Hausvater" Colander der Erziehungsanstalt „Bluhmesche Wildnis", das wir bereits mitgeteilt haben, heißt es: Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er nicht nur Züchtigungen, sondern auch gefährliche Körperverletzungen und Nötigungen seinen Zöglingen gegenüber begangen hat. Es fragt sich nun in rechtlicher Beziehung: hatte der Angeklagte ein Züchtigungsrecht? Diese Frage ist zu verneinen. Ein solches steht nur Eltern, Vormündern, Lehrern usw. zu. Es fragt sich ferner: war der Angeklagte über die Nichtberechtigung zu Züchtigungen orientiert? Diese Frage ist bejaht worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der eigene Vater ihm sagte, er dürfe die Mädchen nicht züchtigen. Dem Angeklagten wird nun eine Reihe Vergehen der gefährlichsten Körperverletzung, der versuchten und vollendeten Nötigung zur Last gelegt. Er soll die Dunkel, Kruse, Behm und andere Mädchen körperlich mißhandelt und zum Teil auch genötigt haben. Was den Fall Dunkel anlangt, so hat der Gerichtshof auf Grund der Zeugenaussagen und des ärztlichen Gutachtens als erwiesen angenommen, daß der Angeklagte **das Mädchen an den Händen mit einer Kette angeschlossen und mit einem Stock geschlagen** habe. Das seien vorsätzliche Mißhandlungen mittels eines gefährlichen Werkzeuges. Ferner hat er sie **an den Haaren geschleift, ihr auf der Brust gekniet und ins Gesicht geschlagen.** Das seien Mißhandlungen unter Verletzung der Berufspflicht. Bei der Kruse liegt nicht Mißhandlung, sondern ein Fall vorsätzlicher Körperverletzung vor. Was die Frau Colander anlangt, so wird sie beschuldigt der Mißhandlung in vier Fällen. Das Gericht konnte aber hier ohne das eidliche Zeugnis der verstorbenen Kruse nichts anfangen, so daß die Beweise nicht ausreichend zu einer Verurteilung sind. Was die Strafabmessung anlangt, so hat das Gericht erwogen, daß der Angeklagte sich in einer Vertrauensstellung befand, **in der er sich als barmherziger christlicher Mensch** erweisen sollte.

Als barmherziger christlicher Mensch ...

Preußische „Sparsamkeit".

Die so überreizig verkündete Sparsamkeit, die von jetzt an im Reichs- und im Staatshaushalt eintreten soll, hat man dieser Tage wieder einmal ganz außer acht gelassen. Bei dem preußischen Ordensfest sind am letzten Sonntag 3959 Orden und Ehrenzeichen verliehen worden, mehr als in den früheren Jahren. Für die Anschaffung dieser Dinge stehen im preußischen Etat 220 000 M. verzeichnet. Einzelne Orden sind außerordentlich teuer; so kostet der Schwarze Adlerorden mit Brillanten 6000 M., ohne Edelsteine 2400 M. Andere Orden sind natürlich erheblich billiger, so kostet der Kronenorden 4. Klasse nur 22 M., der Rote Adlerorden 4. Klasse gar nur 10 M. Die Medaillen und sonstigen Ehrenzeichen kosten 4 bis 15 M. Teilweise sind die Orden allerdings schon getragen; denn sie müssen, wenn der Inhaber stirbt, wieder abgeliefert werden und werden dann neu aufgeputzt. Dabei soll es vorkommen, daß die Angehörigen nicht den echten Orden abliefern, sondern eine beim Juwelier gekaufte Imitation. Wir erwähnen die Sache nur, weil sie beweist, wo und wie „gespart" wird.

Aus einem Junkerparadies.

In der Rostocker Zeitung entwirft ein Herr Brandt-Klendorf eine Schilderung des Jagdrechts in Mecklenburg:

„Alle Jagd ist großherzogliches, städtisches oder ritterschaftliches Eigentum. Die vielen bäuerlichen Besitzer haben nur den Wildschaden, nicht den Wildbraten. Ja, aber der Wildschaden wird doch auf Antrag ersetzt? Stimmt, aber nur zum Teil. Alle Erbpächter, die seit 1872 vererbpachtet sind, haben in ihrem Erbpachtkontrakt den Passus: „Wildschaden findet in keinem Falle Ersatz." Alle entgegenstehenden Reichs- und Landesgesetze werden durch diesen Passus gleichsam aufgehoben. Der Jagdberechtigte freut sich, wenn es seinen Hirschen, Rehen usw. auf der Saat des Bauers so vortrefflich schmeckt. Springt aber einmal eine Kuh des Erbpächters, Büdners, Händlers über den Forstgraben, so kommt unfehlbar ein Strafmandat. Läßt nun gar der bäuerliche Besitzer seinen Hund auf das Wild los, es zu verscheuchen, so ist erst recht „der Teufel los". Mancher arme Köter hat schon diesen Frevel mit dem Tode büßen müssen. Ja, es ist nicht einmal erlaubt, daß ein Hund frei auf dem Felde seines Herrn umherspaziert, oder daß er die Leute zur Arbeit aufs Feld begleitet. In letzterem Falle kommt sicher ein Strafmandat, in ersterem wird der Hund einfach niedergeknallt. **Das Wild hat also mehr Rechte auf dem Felde des Erbpächters, als sein eigenes Getier.**"

Die Reichstags-Ersatzwahl im 6. hannoverschen Wahlkreise Hoya-Verden, die durch die Mandatsniederlegung des Abg. Held notwendig wurde, ist auf den 26. Februar angesetzt worden.

Das Marokko-Weißbuch. Staatssekretär v. Schoen hat im Dezember dem Reichstage versichert, daß ihm spätestens nach den Weihnachtsferien ein Weißbuch über Marokko zugehen werde. Bisher hat man vergeblich auf das Buch gewartet, und jetzt weiß die Scherlpresse mitzuteilen, daß das Weißbuch auch in der nächsten Zeit noch nicht erscheinen werde. Wegen einiger Schriftstücke, die mitveröffentlicht werden sollen, müsse erst mit Frankreich und Spanien in Unterhandlung getreten werden.

Die Sydowprojekte. Von den Steuervorlagen des Herrn Sydow werden, daß erscheint der konservativen Kreuzztg. „kaum noch zweifelhaft," die Inseratensteuer sowie die Elektrizitäts- und Gassteuer unter den Tisch fallen.

Militärjustiz. Zu **5 Jahren Zuchthaus** verurteilte das Kriegsgericht in Koblenz einen 54jährigen Gärtner, der seit 1875 wiederholt desertiert und jedesmal bestraft ist. Zuletzt desertierte er 1891, wofür er jetzt die furchtbare Strafe erhielt.

Kleine politische Nachrichten. Aus London wird berichtet: Kriegsminister Haldane hielt am Montag in Halifax eine Rede, in der er ausführte, Großbritannien habe die Führung übernommen in dem **Bestreben, die Ausgaben für die Rüstungen zu vermindern.** Solange die Nationen jedoch nicht zu der Erkenntnis gekommen seien, daß die gewaltigen Ausgaben im Interesse des Friedens und sozialer Reformen **wohl herabgesetzt** werden könnten, sei es **untunlich, die Vorbereitungen zur Verteidigung des Landes zu vernachlässigen.** — Als sich der Abg. Willett in der Montags-Sitzung des Washingtoner Repräsentantenhauses auf das heftigste gegen Roosevelt erging, beschloß das Haus mit 126 gegen 78 Stimmen, Willett das Wort zu entziehen. — Der oberste Bundesgerichtshof in Washington bestätigte die Entscheidung der Gerichte in Texas, durch die die Waters Pierce Oel Company in St. Louis zu 1623000 Dollar Strafe verurteilt und von dem Staatsgebiet von Texas wegen Verletzung des dortigen Antitrustgesetzes ausgeschlossen wird.

Ausland.

Frankreich.

Die Marokko-Interpellationen.

Paris, 18. Januar. Deputiertenkammer. Nach Annahme der Vorlage über einen Ergänzungskredit von 600 000 Frank „zur Unterstützung von Arbeitswilligen, die unter Ausständen zu leiden haben," setzte die Kammer die Interpellation wegen Marokkos fort.

Jaurès sprach die Befürchtung aus, die verhängnisvolle Haltung und Uneigennützigkeit Frankreichs in Marokko, um eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland zu erleichtern, stoße sich an der feindseligen Diplomatie leitender Kreise in Deutschland, und ein deutsch-englischer Konflikt, der von gewisser Seite als unvermeidlich bezeichnet werde, mache alle Friedenshoffnungen zuschanden. Jaurès stellte dann fest, daß die Regelung des lächerlichen Zwischenfalles von Casablanca in einem Siege des Schiedsgerichtshofes geführt habe. Beide Länder hätten noch ganz kürzlich für eine friedliche Erledigung der Balkanfrage zusammengearbeitet.

Jaurès sprach seine Freude darüber aus, daß Deschanel für eine französisch-deutsche Vermittelung zur Lösung der Orientschwierigkeiten eingetreten sei. Das französische und das deutsche Proletariat stünden nicht mehr allein mit dem Wunsche nach einer Annäherung der beiden Länder, die bei der nicht konsequenten deutschen Diplomatie Hindernisse gefunden habe, die die französische Diplomatie nicht vorausgesehen, und ebenso bei der Presse beider Länder, die die marokkanischen Zwischenfälle verschärfe. Elsaß-Lothringen käme die schöne Rolle zu, die beiden Länder zu versöhnen. **Der schwerste Fehler Deutschlands in den letzten 37 Jahren sei gewesen, bei dem Zwischenfall von Casablanca eine Note abgesandt zu haben, die vielleicht einem Ultimatum ähnlich sähe.** Im Casablancastreit habe Frankreich die Meinung der Völker für sich gehabt. Ein Stirnrunzeln Kösse Frankreich keine Furcht ein und daher habe sich, als Professor Schiemann von der Ungeheuerlichkeit gesprochen habe, Frankreich als Geisel anzueignen, die ganze Nation erhoben, um Freiheit des Handelns für sich zu fordern, bereit, den letzten Seufzer ihres letzten Mannes zu opfern. Da aber wegen der Gleichheit ihrer Kräfte weder Deutschland noch Frankreich etwas von einander zu fürchten hätten, könnten sie ohne weiteres den Weg der Annäherung betreten. England werde darüber nicht aufgebracht sein, denn es wünsche das Ende der Zweideutigkeiten.

Jaurès kam dann auf den Bericht Lyautey's zurück, von dem er am Freitag gesprochen habe, und verlangte, daß der Minister genaue Angaben machen solle über die zukünftige Einrichtung der französisch-marokkanischen Posten in der Gegend vom Muluja. Redner bedauerte, daß der Gesandte Regnault abgereist sei, um mit Muley Hafid zu verhandeln, ohne daß die Kammer diese Instruktionen gebilligt hätte. Zum Schlusse beklagte Jaurès die allzu großen Rüstungen sämtlicher Länder. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Denys Cochin erklärte, er glaube nicht, daß die Lage in Europa gestatte, an eine Annäherung Frankreichs und Deutschlands zu denken. Frankreich müsse im Orient, wie es dies Jahrhunderte lang getan habe, die Christen und Mohammedaner beschützen. Denys Cochin warf der Regierung vor, daß sie Millionen für Marokko verausgabe und Menschen hingeopfert habe, ohne es verstanden zu haben, eine Partei zu ergreifen; er verstehe nicht den Gedanken der Neutralität der Regierung. Es sei unheilvoll gewesen, daß Befehle aus Paris die französischen Offiziere aufgehalten hätten, die bereits den Sieg in den Händen hatten.

Minister Pichon erklärte sich als Anhänger des Schiedsgerichts, dank dessen der gesunde Menschenverstand kürzlich gesiegt habe. Frankreich habe der Anarchie in Marokko ein Ende gemacht. Die Abmachungen über die algerische Grenze seien durchgeführt worden. Muley Hafid habe versprochen, die internationalen Uebereinkommen zu schützen. Der Gesandte Regnault werde in Fez keine Schritte unternehmen, die die Integrität Marokkos in Frage stellen könnten. Regnault werde sich auch mit dem Sultan wegen der von Marokko an Frankreich zu zahlenden Entschädigungssumme verständigen. Pichon sprach dann die Hoffnung aus, daß die Regierung Muley Hafids stark genug sein werde, um die Wiederkehr der Tatsachen zu vermeiden, die die Intervention Frankreichs herbeigeführt hätten. Europa erkenne einmütig die wirksame Mitwirkung an, die Frankreich dem Werke der Friedensstiftung leihe. Seine besondere Huldigung brachte Pichon den Freunden und Verbündeten Frankreichs dar, besonders England und Rußland. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf nahm die Kammer mit 380 gegen 98 Stimmen eine Tagesordnung an, worin der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird und bewilligte die Ergänzungskredite für Marokko mit 459 gegen 67 Stimmen.

Italien.

Ein Schandurteil.

ld. Die Redakteurin des antimilitaristischen Wochenblattes La Pace (Der Frieden), die Syndikalistin Fanny dal Ry, ist vor dem Gericht von Genua wegen zweier antimilitaristischer Artikel zu einer Gesamtstrafe von **5 Jahren Gefängnis** verurteilt worden. In den letzten Jahren ist bei den italienischen Gerichten eine Art Lynchjustiz gegen die Antimilitaristen Mode geworden; eine andere Syndikalistin, Maria Rygier, büßt wegen desselben Vergehens eine 4jährige Gefängnisstrafe ab.

Portugal.

Vorbereitungen.

London, 18. Januar. Wie aus Berichten aus Lissabon in den heutigen englischen Morgenblättern hervorgeht, sind die ungewöhnlichen Truppenansammlungen in der portugiesischen Hauptstadt in erster Linie als Vorsichtsmaßregeln der Regierung gegen etwaige Unruhen am ersten Todestage König Carlos' zu betrachten. Für diesen Tag haben die Republikaner eine Massendemonstration geplant, die nach Informationen der Polizei ungeheure Dimensionen anzunehmen scheint. Die Vorbereitungen zu diesen Demonstrationen werden ganz offen getroffen. Lissabon und andere größere Städte Portugals werden mit zahllosen Flugblättern überschwemmt, und man fürchtet, daß ein Attentat auf den König beabsichtigt ist.

Balkan.

Aus dem türkischen Parlamente.

Konstantinopel, 18. Januar. Die Beratung einer von 13 Abgeordneten eingebrachten Interpellation über die bosnische Frage, für die vom Abgeordneten Said die Dringlichkeit beantragt war, wurde nach kurzer Debatte vertagt und soll erst beraten werden, wenn das Kabinett das Protokoll über die Verständigung mit Oesterreich-Ungarn vorlegen wird. Vom Abgeordneten für Bagdad wurde eine Interpellation über die Bagdadbahn eingebracht, worin die betreffenden Verträge kritisiert werden und die Frage gestellt wird, ob trotz des Widerstandes Englands der Hafen von Koweit Endpunkt der Bahn werden solle und ob Rußland auf die Festsetzung der Bahnlinie einen Druck ausübe.

Konstantinopel, 18. Januar. Der Ministerrat hat an dem Protokoll über das **Einvernehmen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei** nur einige kleine Aenderungen vorgenommen. Der Entwurf ist heute vom österreichisch-ungarischen Botschafter nach Wien gesandt worden.

Saloniki, 18. Januar. Der Minister des Innern Hilmi Pascha hat den Gouverneuren der mazedonischen Wilajets strenge Weisungen erteilt, die auf die Aufrechterhaltung des Ansehens der Behörden und auf die Durchführung der behördlichen Maßnahmen abzielen. Alle ungesetzlichen politischen Vereinigungen sollen selbst unter Anwendung von Gewalt aufgelöst werden. Die von der Regierung ernannten Beamten müssen anerkannt und Gendarmen und Polizeibeamte, die ihre Schuldigkeit versäumen, angezeigt werden.

* * *

Belgrad, 18. Januar. Die Kabinettskrisis dauert an. Gestern hat der König fünf Führer der Altradikalen und fünf Führer der Jungradikalen in den Konak berufen und sie nach längeren Verhandlungen mit der Mission betraut, binnen 24 Stunden ein Ministerium zu bilden. Die Regierung beabsichtigt, in einigen Tagen eine Note über die serbisch-österreichischen Beziehungen an die Mächte zu richten. Obgleich anscheinend alles ruhig ist, werden die Kriegsvorbereitungen mit allem Eifer fortgesetzt. 30 000 Rekruten sind zu den Waffen berufen worden. In den letzten Tagen sind über Saloniki die in Deutschland bestellten 50 000 Mauser-Gewehre und eine Unmenge Munition angekommen. Auch an der bulgarischen Grenze werden Truppenbewegungen vorgenommen. Bulgarien hat seine Grenzgarnisonen verstärkt.

Sofia, 18. Januar. Nach Versicherungen amtlicher Kreise besteht an zuständiger bulgarischer Stelle die Neigung, trotz der gegenwärtigen ungünstigen finanziellen Lage die der Türkei angebotene Entschädigungssumme von 82 Millionen entsprechend zu erhöhen, falls die Großmächte ihren Einfluß bei den auswärtigen Großbanken dahin geltend machen, daß Bulgarien unter günstigen Bedingungen eine auswärtige Anleihe abschließen könne.

Rußland.

Zum Fall Azew.

P. C. Ein sensationelles Gerücht verzeichnen die Sonnabendnummer die Londoner Times. Danach wäre es niemand anders als der Polizeiminister des Zaren, Lopuchin, der sich auch von Azew bedroht fühlte, gewesen, der die revolutionären Organisationen über den wahren Charakter der Persönlichkeit Azews aufkläre. Die Times veröffentlichen einen dramatischen Bericht über die Umstände, unter denen sich Azew — der von der Stellungnahme Lopuchins gegen ihn Wind erhalten hatte — nach Petersburg begab und sich mit dem Chef der Sicherheitspolizei Gerasimow zu dem Polizeiminister begab. Lopuchin soll das Los Plehwes angekündigt worden sein, wenn er Azew denunziere. Lopuchin habe aber trotzdem seine Absicht durchgesetzt.

Persien.

Die persische Anleihe.

London, 18. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist die Meldung, England habe einer persischen Anleihe zugestimmt, nicht richtig. Die Regierung sei davon in Kenntnis gesetzt worden, daß gewisse Vorschläge über Reformen in Persien von Rußland schriftlich niedergelegt worden sind. In London habe man diese aber noch nicht erhalten. Die Vorschläge seien derart, daß sie eine Intervention unmöglich machten.

Ein ähnliches Dementi erfolgt aus Petersburg. Es wird darin die Absicht einer gemeinsamen Aktion Rußlands und Englands in den persischen Angelegenheiten bestritten.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

172. Sitzung vom 19. Januar 1909.

Zur Beratung stehen die Deputationsberichte und die Anträge zur

Volksschulreform.

Die hierzu eingegangenen umfangreichen Anträge sind bereits veröffentlicht worden.

Kultusminister Dr. Beck (schwer verständlich): Als dem Landtag die Frage der Volksschulreform zum ersten Male beschäftigte, hatte soeben ein Wechsel in der Besetzung des Kultusministeriums stattgefunden; ich mußte mich daher mit großer Vorsicht ausdrücken. Wie schwierig die Aufgabe ist, ein neues Volksschulgesetz zu schaffen, geht daraus hervor, daß der Landtag anfangs der 70er Jahre sechs Jahre brauchte, ehe er mit dem jetzigen Volksschulgesetz zustande kam. Dieses Gesetz hat sich trotz aller Mängel einer großen Wertschätzung im In- und Auslande erfreut, die sich auf das ganze sächsische Volksschulwesen ausdehnt, was zahlreiche Auslassungen und Ansuchen um Zulassung von Studien im sächsischen Volksschulwesen bewiesen. Wenn ich auch in einzelnen Punkten meine Ansicht über die Volksschulreform geändert habe, so bin ich doch noch wie vor der Meinung, daß die Volksschule von größter Bedeutung und die Beförderung ihrer Entwicklung von größter Wichtigkeit für den Staat ist; je tiefer wir in diese Materie eingedrungen sind, desto größer wurden auch die Schwierigkeiten. Was nun die Anträge der Deputation selbst anbelangt, so könne die Regierung, solange die Kammer nicht selbst gesprochen hat, nur im allgemeinen erklären, zu welchen Anträgen sie eine freundliche oder weniger freundliche Stellung einnimmt. Ersteres ist in den weitaus meisten Fällen zu konstatieren. Es werde aber doch möglich sein, gewisse Grundlinien für die Volksschulreform aufzustellen. Eine solche wird die pädagogischen Anforderungen der Zeit und die sittliche und religiöse Gesinnung der Familien, andererseits aber auch die Leistungsfähigkeit des Staates und der Gemeinden berücksichtigen müssen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Der künftige Bau soll errichtet werden auf der Grundlage der Gottesfurcht und Vaterlandsliebe, die Sachsentreue soll nach wie vor in der Volksschule gesichert werden. (Zustimmung rechts.) Im übrigen wolle er hoffen, daß das neue nach diesen Grundsätzen errichtete Volksschulgesetz sich ebenso bewähre wie das alte. (Beifall.)

Abg. Zöphel (natl.): Eine Reform des Volksschulgesetzes sei dringend nötig. Mit den Grundzügen der hierzu gestellten Deputationsanträge sei er im allgemeinen einverstanden, nur in einigen Punkten nehme er einen davon abweichenden Standpunkt ein. So habe er den Antrag auf Einführung der Einheitsschule eingebracht; er stehe aber dieser Forderung selbst sehr skeptisch gegenüber; er wolle damit in der Hauptsache nur eine grundsätzliche Klärung über diese Frage erreichen. Sonst sei er noch der Ansicht, daß den Bezirksschulinspektoren bei allgemeinen Entschließungen über pädagogische Fragen, Lehrpläne usw. ein ständiger Ausschuß von Fachmännern beigegeben werden soll, der gutachtlich zu hören sei. Die Minderheit der Deputation beantrage, den Antrag der Mehrheit, der eine größere Autorität der Lehrer in der Fortbildungsschule fordere, abzulehnen. Man wolle damit der Autorität der Lehrer nicht nahetreten, es solle nur verhütet werden, daß die Autorität von außen, etwa durch den Schutzmann, verstärkt wird. Die Autorität müsse sich von innen heraus aus sich selbst behaupten. Die Minderheit der Deputation habe beantragt, der Volksschule keinen konfessionellen Charakter zu verleihen. Dabei lasse er sich von dem Gedanken leiten, daß auch die Minderheitsschulen der Autorität des Staates unterstellt werden sollen. Er begrüße auch den Absatz B. XIII der Deputationsanträge, wonach den politischen Gemeinden die Befugnis eingeräumt werden soll, die Angelegenheit der Volksschule — unter Beseitigung besonderer Schulgemeinden — selbst zu übernehmen. Was die Forderung der Mehrheit nach einer konfessionellen Volksschule anbelange, so verwahre er nur darauf, daß das jetzige Gesetz einen konfessionellen Unterricht nicht fordere, es sei im § 1 nur von einer religiös-sittlichen Erziehung die Rede, nirgends aber von einer konfessionellen. Es bestehe dem Gesetz nach tatsächlich jetzt keine konfessionelle Schule. In dem Augenblicke, wo man behaupte, wir haben eine konfessionelle Schule, gäbe man dem Klerikalismus die katholischen Minderheitsschulen in die Hand. Man trage den Kulturkampf damit in die Volksschule; das wäre ein Unglück für den gesamten Jugendunterricht. Man müsse bedenken, daß Sachsen jetzt kein rein evangelisches Land mehr sei, daß die Frage der Minderheitsschulen dabei immer bedeu-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090119/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG